

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2864

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2864



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Was, wenn die Besetzer bürgerlich gewesen wären?

Unterschiedliche Ellen

Von Andreas Glarner, Nationalrat, Oberwil-Lieli

Stellen Sie sich bitte folgende Szene vor: Auf dem Bundesplatz beginnt eine rechtsbürgerliche Gruppierung, WC-Häuschen, grosse Bogenbauten und Zelte aufzustellen, den Platz widerrechtlich zu besetzen und irgendwelche Parolen zu skandieren.

Natürlich liefert die Stadt gratis Strom und Wasser und stellt fürsorglich den Springbrunnen ab, damit auch ja keiner der illegalen Demonstranten nass wird und die ganze Fläche des Platzes genutzt werden kann. SVP-Politiker solidarisieren sich öffentlich mit den rechtsbürgerlichen Kundgebungsteilnehmern und sichern ihnen jede Unterstützung zu.

Manifestanten ...

Die Medien nennen die Besetzer liebevoll «Aktivisten» und zeigen vornehmlich kleine Kinder und hübsche, junge Teenies. Man zeigt Wohlwollen und äussert Wohlgefallen. Natürlich hinterfragt niemand das Vorgehen der Stadt und deren SVP-Präsidenten – zumindest nicht, bis ein paar Linke aufmucken und fragen, wie das eigentlich alles möglich sei und warum niemand eingreife.

Eine solche Vorstellung können Sie schlicht vergessen: Noch während des Aufstellens des ersten WC-Häuschens würde der Sicherheitsdirektor die Polizei aufbieten, welche in Mannschaftsstärke anrücken und dem üblen Treiben ein blitzartiges Ende bereiten würde.

Die Medien würden sich in Berichten überschlagen. Gottseidank gibt es inzwischen Fotosatz – die Zeitung mit den grossen Buchstaben müsste sonst Neue kaufen – denn für die Schlagzeilen, die man machen würde, hätte man wohl keine genügend grossen Lettern.

... und Medienleute

Selbstverständlich würde der SVP-Stadtpräsident umgehend zum Rücktritt aufgefordert, man würde darüber berichten, dass auch seine Kinder der rechten Szene angehören und sich regelmässig in der rechtsfreien Szene tummeln. Sämtliche Teilnehmer würden fotografiert, durchleuchtet und natürlich an den Pranger gestellt. Man würde sich fragen, wo diese Leute arbeiten und natürlich sofort den Arbeitgeber informieren – auf dass dieser den Teilnehmer sofort entlasse.

Falls dies nicht umgehend geschehen würde, erginge umgehend ein Boykottaufruf gegen die Firma. Jede Äusserung jedes Teilnehmers würde auf die Goldwaage gelegt, und wenn eine solche der vereinigten Medienschar nicht genehm wäre, würde diese in grossen Schlagzeilen kommentiert. Parlamentarier der SVP, welche sich mit den Kundgebungsteilnehmern solidarisiert haben, würden umgehend zum Rücktritt aufgefordert. Der frischgewählte Präsident müsste den Hut nehmen und wohl sein Ständeratsmandat abgeben. Die vereinigte Medienmeute würden jeden Politiker, der nicht umgehend seinen Sitz räumt, gnadenlos tagelang vor sich hertreiben.

Welch ein Glück

Zum Glück war es aber keine rechtsbürgerliche Gruppierung. Es handelte sich nebst einigen ernsthaft um unsere Umwelt besorgten Teilnehmern mehrheitlich nur um linksgrüne Klima-Chaoten, welche unsere Rechtsordnung mit Füssen treten und am liebsten Sozialismus und Anarchie einführen möchten. Denn unsere demokratischen Prozesse verlaufen ihnen zu langsam. Sie sind ihnen wohl überhaupt zuwider.

Es handelte sich also um linksgrüne Rechtsbrecher und Systemveränderer. Das ist natürlich ganz etwas anderes, als wenn zum Beispiel die Gruppierung «Marsch fürs Läbe» eine angekündigte Kundgebung gegen Abtreibungen abhalten oder die SVP eine Kundgebung für die Begrenzungsinitiative durchführen will.

Solche Anlässe sind in der Stadt Bern nicht mehr möglich – denn die Stadt verweigert schlicht die Bewilligung. Und würde diese auch erteilt – der von der linksgrünen Stadtregierung gehätschelte Mob der Reitschule würde jede Kundgebung im Keim ersticken und gewaltsam zerschlagen. Alles mit gütiger Duldung der linksgrünen Stadtbehörden und unter gnädigem Wegsehen und Verschweigen der Medien.

Unterschiedliche Ellen, in der Tat!

Andreas Glarner